

Die Zeit ist reif: Der Deckelungsbeschluss muss endlich weg

Auch bei der Polizei muss es sich lohnen, Verantwortung zu übernehmen. Egal ob in Führungsfunktionen oder als besonders qualifizierte Ermittlerin oder Ermittler. Trotzdem hat die Landesregierung 2005 die Beförderungsmöglichkeiten nach A 12 und A 13 im gehobenen Dienst künstlich auf 4 484 Stellen gedeckelt. Die Deckelung bei den Spitzenfunktionen des gehobenen Dienstes war die Voraussetzung dafür, dass die Politik in NRW die zweigeteilte Laufbahn aus dem gehobenen und dem höheren Dienst bei der Polizei eingeführt hat. Damals ging das nicht anders. 17 Jahre später stellt sich die Situation grundlegend anders dar. Der Deckelungsbeschluss wird immer mehr zum Hemmschuh für eine faire, leistungsgerechte Bezahlung bei der Polizei. Er muss endlich weg!

Schritt der Anteil von A 12 und A 13 zumindest auf 25 Prozent der Stellen im gehobenen Dienst angehoben wird. Handlungsbedarf gibt es aber auch im höheren Dienst (Laufbahngruppe 2.2). Mit einem Anteil von gerade einmal 2,1 Prozent ist der höhere Dienst bei der Polizei in NRW alles andere als zukunftsfest aufgestellt. Auch mit den gerade einmal 93 Stellen, die in der B-Besoldung zu finden sind, bleibt die Polizei in NRW nicht nur weit hinter den anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung zurück, sondern auch gegenüber der Polizei in den anderen Bundesländern. Auch hier besteht deutlicher Handlungsbedarf, wenn wir verhindern wollen, dass die Polizei bei der Besoldung immer mehr abgehängt wird.

Die GdP wird die Beseitigung des Beförderungsstaus bei der Polizei zur Nagelprobe dafür machen, wie ernst die Parteien ihr eigenes Versprechen nehmen, mehr in die innere Sicherheit zu investieren. ■

Die Anforderungen an die Polizei sind gestiegen, die Deckelung der Stellen hat aber noch immer weitestgehend Bestand. Zwar hat das Land vor zwei Jahren 300 zusätzliche Stellen in A 12 sowie 150 zusätzliche Stellen in A 13 geschaffen – aber angesichts der Situation in den Wachen, Kommissariaten ist das allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Das zeigen Rückmeldungen, die die GdP aus den Behörden erreicht haben. Beispielhaft sei hier die Meldung einer großen Landratsbehörde zu nennen, der aktuell sieben A 12er- und sieben A 13er-Stellen fehlen. Und eines mittelgroßen Polizeipräsidiums mit 12 Stellen in A 12 und 9 Stellen in A 13 zu wenig. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in den drei Landesoberbehörden der Polizei (LOB). Die Rückmeldung aus einer LOB geht vom Fehlen von zwölf A 12er- und vier A 13er-Stellen aus. Das Fehlen dieser Posten hat zur Folge, dass Funktionen, die nach der aktuell geltenden Funktionszuordnung des Landes mit A 12 bzw. A 13 festgeschrieben sind, nicht entsprechend besetzt werden

können, weil die Planstellen fehlen.

Das ist nicht nur ungerecht, sondern schadet der Polizei. Immer wieder ist die GdP deshalb in den vergangenen Jahren gegen den sogenannten Deckelungsbeschluss Sturm gelaufen. Doch das Thema hat nichts an Aktualität verloren. Dass aktuell gerade einmal 12,9 Prozent der Stellen im gehobenen Dienst (Laufbahngruppe 2.1) nach A 12 und A 13 bewertet sind, reicht nicht, weil dadurch noch immer der Weg für echte Fach- und Führungskarrieren bei der Polizei verbaut wird. Und weil es ungerecht ist.

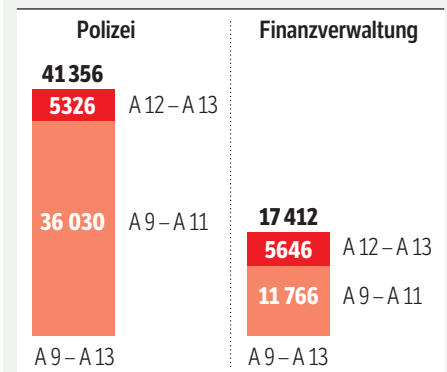
Wäre die Polizei genauso ausgestattet wie die Finanzverwaltung in NRW, müssten 33 Prozent der Stellen nach A 12 und A 13 bewertet werden. In absoluten Zahlen betrachtet stößt daher umso mehr auf, dass in der Finanzverwaltung fast eine identische Zahl an Planstellen in A 12/ A 13 vorhanden sind – bei einem Gesamtvolumen des Personalkörpers von gerade einmal einem Drittel im Vergleich zur Polizei.

Die GdP fordert deshalb, dass in der kommenden Legislaturperiode in einem ersten

Polizei deutlich benachteiligt

In der Finanzverwaltung NRW gibt es nur halb so viele Stellen im gehobenen Dienst wie bei der Polizei. Trotzdem gibt es hier mehr Stellen in A 12 und A 13. In der Finanzverwaltung gilt das für jeden dritten, bei der Polizei für jeden achten Beamten.

Stellen im gehobenen Dienst bei der Polizei und in der Finanzverwaltung NRW im Vergleich





NRW hat die Wahl

Das sagen die Parteien zur inneren Sicherheit

Am 15. Mai, nur wenige Tage nach dem Landesdelegiertentag der GdP, wird in NRW ein neuer Landtag gewählt. Eine Wahlempfehlung gibt die GdP ihren Mitglieder üblicherweise nicht – auch keine indirekte. Trotzdem hängt vom Wahlausgang viel für die innere Sicherheit ab. Unter dem Titel „NRW hat die Wahl“ hat die GdP deshalb am 3. März die innenpolitischen Sprecher der vier im Düsseldorf Landtag vertretenen demokratischen Parteien, CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, zu einer Diskussionsrunde über die Zukunft der Polizei eingeladen. Bei der live über das Internet übertragenen Veranstaltung gab es in vielen Punkten ein erstaunlich großes Maß an Übereinstimmung – von der Verstärkung der Einstellungszahlen über das Bekenntnis zu besseren Aufstiegschancen bei der Polizei bis zur Senkung der überlangen Arbeitszeit. Aber es gab auch gegensätzliche Positionen.

Die größte Übereinstimmung gab es bei der personellen Stärkung der Polizei. „Alle wollen die hohen Einstellungszahlen erhalten. Das ist alternativlos“, sagte der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion Marc Lürbke. „Es muss einen tatsächlichen Nettowachstum geben“, ergänzte sein SPD-Kollege Hartmut Ganzke und nannte die Zielvorgabe von 45 000 – bis 50 000 Polizistinnen und Polizisten für NRW.

Auch die Zahl der Tarifbeschäftigten soll nach den Vorstellungen der Innenpolitiker weiter steigen – aber nicht als Ersatz für die Polizeivollzugsbeamten, sondern zu deren fachlicher Unterstützung. „Dass Tarifbeschäftigte in Polizeiuniformen gesteckt werden und dann Polizeiaufgaben übernehmen, wollen wir definitiv nicht“, stellte der innenpolitische Sprecher der CDU, Dr. Christos Katzidis, klar. In der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode hatte es entsprechende Überlegungen vor allem in

Bezug auf das Polizeigewahrsam gegeben, was zu heftigem Widerspruch der GdP geführt hat.

Bessere Bezahlung im Tarifbereich

Marc Lürbke erinnerte in der Diskussion zudem daran, dass die schwarz-gelbe Landesregierung in den letzten fünf Jahren auch deshalb 2 500 zusätzliche Stellen im Tarifbereich geschaffen hat, um sofort zu einer Entlastung für die Polizistinnen und Polizisten zu kommen. Ihre Zahl soll nach den Vorstellungen der Innenpolitiker in den nächsten Jahren weiter steigen, verbunden mit einer besseren Bezahlung für ausgewiesene Experten. „Wir können keine Gehälter anbieten, die in der freien Wirtschaft nur ein Husten auslösen“, erklärte Hartmut Ganzke. „Spezialisten im Tarifbereich müssen in den

Über Nacht sind wir plötzlich in einer anderen Welt aufgewacht – vielleicht für lange



Wir leben in einer dramatischen Zeit. Dass mitten in Europa ein großes Land seinen Nachbarn überfällt und ganze Städte in Schutt und Asche legt – wir alle hätten das nie für möglich gehalten. Über Nacht ist die Welt plötzlich ein ganz andere geworden. Und das vielleicht für sehr lange Zeit.

Der Krieg in der Ukraine ist noch lange nicht zu Ende. Er wird die politischen Prioritäten in den kommenden Jahren nachhaltig verschieben. Auch die finanziellen Spielräume für die Bewältigung der anderen Herausforderungen, denen wir uns genauso stellen müssen: Der Flutkatastrophe und der Corona-Epidemie. Und vor allem dem Klimawandel.

Im Mai wird in NRW ein neuer Landtag gewählt. Was angesichts der über uns hereingebrochenen Katastrophen dann noch finanzierbar ist, welchen Handlungsspielraum die künftige Landesregierung überhaupt hat, lässt sich heute seriös nicht vorhersagen. Trotzdem: Hinfällig

werden die anderen Probleme, auf die wir trotz des Krieges in der Ukraine und der immer deutlicher werdenden Klimakatastrophe auch eine Antwort finden müssen, dadurch nicht.

Die GdP hat deshalb in den vergangenen Wochen in vielen Gesprächen mit den Spitzenvertretern der im Landtag vertretenen demokratischen Parteien Anforderungen formuliert, was sich bei der inneren Sicherheit ändern muss. Und wir werden das in den kommenden Jahren auch weiter so machen. Denn das ist nicht nur unser Kerngeschäft, sondern wir wissen auch, dass sich auch hier vieles ändern muss. Denn innere Sicherheit gibt es auch in Zukunft nicht umsonst. Sondern nur, wenn die Politik auch in Zukunft bereit ist, der Polizei die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie braucht.

Michael Mertens,
Landesvorsitzender



höheren Dienst aufsteigen können“, forderte Christos Katzidis.

GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens stellte in der Diskussion noch einmal die Position der GdP klar: Die zusätzlichen Stellen im Tarifbereich werden von der GdP ausdrücklich begrüßt. „Aber es geht nicht nur um Masse, sondern auch um Klasse. Dazu gehören eine gute Bezahlung, um den Heldenklau zu verhindern, vernünftige Arbeitsplätze und eine Schutzausstattung.“

Spannend war auch die Diskussion über überlange Arbeitszeit bei der Polizei. 2003 hat die damalige rot-grüne Landesregierung gegen den massiven Widerstand der Gewerkschaften eine 41-Stunden-Woche für die Beamten eingeführt. Angeblich als vorübergehende Maßnahme zur Schließung von Haushaltslöchern. Geändert hat sich daran bis heute nichts. Trotz mehrfachen Regierungswechsels in Düsseldorf. Doch jetzt geloben alle Parteien Besserung (Artikel „Die 41 muss weg!“).

Zulagen sollen erhöht werden

Auch bei der Forderung der GdP, die zum Teil schon seit 20 Jahren nicht mehr erhöhten Zu-

lagen endlich auf ein akzeptables Niveau zu bringen und in Zukunft bei den Besoldungserhöhungen voll zu berücksichtigen, gaben sich die Innenpolitiker selbstkritisch. Am weitesten gingen dabei die beiden derzeitigen Oppositionsparteien: Das Zulagenwesen müsse grundsätzlich angepasst und die Zulagen in Zukunft dynamisiert werden, sagte Verena Schäffer. Und Hartmut Ganzke antwortete auf die Frage, ob die Zulagen nicht angepasst werden müssen, mit einem schlichten, aber klaren Ja!

Auch bei der Langzeitforderung der GdP nach Aufhebung des Deckelungsbeschlusses, durch den die Zahl der Spitzenfunktionen im gehobenen Dienst seit zwei Jahrzehnten künstlich auf dem damals erreichten Stand eingefroren worden ist, gibt es Bewegung. „Eine Aufhebung des Deckelungsbeschlusses brauchen wir. Wir graben uns selbst das Wasser ab, wenn wir das nicht tun“, sagte FDP-Innenexperte Marc Lürbke. Und Verena Schäffer erinnerte daran, dass Fachkarrieren bei der Polizei absolut wichtig sind, vor allem bei der Kripo. Deshalb sei die Aufhebung des Deckelungsbeschlusses absolut wichtig.

Keine Übereinstimmung bei der Organisationsstruktur

Spannend war die Diskussionsrunde, zu der im zweiten Teil aus dem Saal und über das Internet Fragen an die Innenpolitiker gestellt werden konnten, auch bei strittigen Themen. Neben der Forderung der Grünen nach einer Wiedereinführung der Kennzeichnungspflicht und einer Abschaffung des Tasers gehörte dazu vor allem die Organisationsstruktur der Polizei. Die Grünen drängen schon seit Langem darauf, dass die Zahl der Kreispolizeibehörden in NRW reduziert wird. Auf der Podiumsdiskussion der GdP bekamen sie dazu von den Vertretern der anderen drei Parteien eine deutliche Absage.

gdp-nrw.de NRW hat die Wahl



Mitschnitt der Diskussionsrunde mit den innenpolitischen Sprechern der Parteien

Die 41 muss weg!

Seit 2004 müssen die Beamten in NRW 41 Stunden in der Woche arbeiten – so lange wie in keiner anderen Branche. Nachdem alle Versuche, die jetzige schwarz-gelbe Landesregierung im Rahmen der Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst zu einem Abbau der überlangen Arbeitszeit zu bewegen, krachend gescheitert sind, hat die GdP den Druck auf die Politik weiter erhöht. Der Ausstieg aus der 41-Stunden-Woche war deshalb eine der zentralen Forderungen auf dem Wahlforum in der Zeche Zollverein.

Die Forderung der GdP ist klar: Die 41-Stunden-Woche ist nicht nur ungerecht, sondern auch extrem gesundheitsbelastend. Denn es gibt kein Schichtdienstmodell, das bei 41 Wochenstunden nicht zu massiven Gesundheitsschäden führt. Die GdP fordert deshalb, dass die Arbeitszeit der Beamten

in der kommenden Legislaturperiode in einem ersten Schritt auf die gleiche Arbeitszeit reduziert wird, wie sie heute für die Tarifbeschäftigten gilt, also auf 39 Stunden und 50 Minuten. In einem weiteren Schritt muss die Arbeitszeit für alle Beschäftigten auf 35 Stunden sinken.

Die GdP sieht dabei alle im Landtag vertretenen demokratischen Parteien in der Pflicht. „Eingeführt hat die 41-Stunden-Woche 2004 die damalige rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD). Angeblich als vorübergehende Maßnahme. Aber inzwischen haben wir zwei CDU/FDP-geführte Landesregierungen erlebt, die an der unhaltbaren Situation nichts geändert haben“, mahnte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens auf dem Wahlforum der GdP. „Deshalb sind im kommenden Landtag alle Parteien gefordert,

die überlange Arbeitszeit endlich zu reduzieren. Sonst hat der öffentliche Dienst keine Zukunft.“

Dass hier massiver Handlungsbedarf besteht, wissen inzwischen auch die Politiker. Der innenpolitische Sprecher der SPD, Hartmut Ganzke, hat sich auf der GdP-Veranstaltung dafür ausgesprochen, dass die Arbeitszeit der Beamten in der nächsten Legislaturperiode schrittweise zurückgefahren wird. Sein CDU-Kollege Christos Katzidis bezeichnete es als frustrierend, dass die eigene Landesregierung sogar eine freiwillige Verlängerung der Wochenarbeitszeit ins Gespräch gebracht hat. Verena Schäffer, die innenpolitische Sprecherin der Grünen, wurde noch deutlicher: „Die Regierung hat bei der Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst gepatzt!“, sagte sie. Dass die Landesregierung trotz massiver Steuermehreinnahmen nicht an eine Reduzierung der 41-Stunden-Woche gegangen ist, sei ein Fehler! ■



PKS: GdP dringt auf periodischen Sicherheitsbericht

Bereits zum sechsten Mal in Folge ist die Kriminalität in NRW gesunken. Auf 1,2 Millionen Straftaten. Das zeigt die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für 2021, die Innenminister Herbert Reul (CDU) Anfang März

vor der Landespressekonferenz vorgestellt hat. Reul sieht den Kriminalitätsrückgang auch als persönlichen Erfolg.

„Im Vergleich zu 2016 haben wir mehr als eine Viertel Million Straftaten weniger“, sagte er und verwies dabei vor allem auf die Rückgänge bei den Wohnungseinbrüchen, bei Mord und Totschlag, bei der Straßenkriminalität und beim Raub. Auch für die GdP ist die sinkende Kriminalität ein Erfolg, der vor allem dem großen persönlichen Engagement der Kolleginnen und Kollegen zu verdanken ist, die bei der Kripo arbeiten. Ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt allerdings, dass die Entwicklung nicht so positiv ist, wie das die Darstellung durch den Innenminister vermuten lässt.

In absoluten Zahlen ausgedrückt hat es im vergangenen Jahr gerade einmal 14.291 Straftaten weniger gegeben als im Jahr zuvor. Trotz des Coronaeffekts, der eigentlich einen deutlich größeren Rückgang hätte erwarten lassen. Auch bei der Aufklärungsquote kommt NRW nur langsam voran. Sie stieg zwar 2021 von 52,8 auf 53,6 Prozent, aber 2018 lag sie schon einmal bei 53,7 Prozent.

Hinzu kommt, dass in der PKS nur die Straftaten erfasst sind, die der Polizei bekannt geworden sind. In vielen Deliktbereichen gibt es aber ein großes Dunkelfeld. Das zeigt sich zum Beispiel beim Kindesmiss-

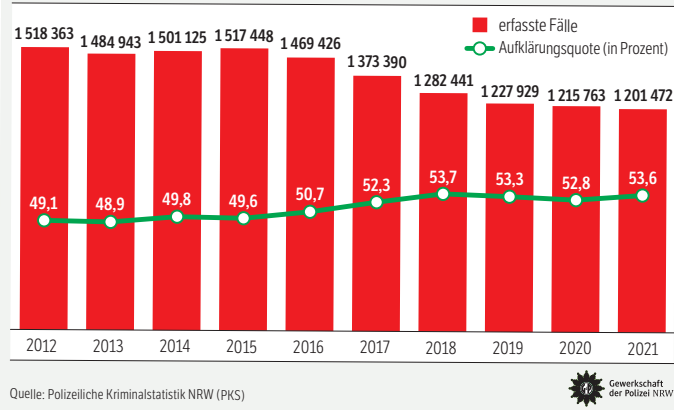
brauch. Seitdem das Innenministerium hier infolge der Missbrauchsskandale von Lügde, Bergisch Gladbach und Münster die Ermittlungskapazitäten deutlich ausgeweitet hat, gehen die Fallzahlen steil nach oben.

Auch in anderen Deliktfeldern gibt es ein ähnlich großes Dunkelfeld. Das gilt zum Beispiel für den gesamten Bereich der Organisierten Kriminalität, für die Erpressung von Schutzgeldern, den bandenmäßig organisierten Wirtschafts- und Sozialhilfebetrug, für Rauschgiftdelikte und die Internetkriminalität. Die GdP dringt deshalb seit Langem darauf, dass der Kripo auch in diesen Bereichen mehr Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem fordert die GdP, dass die PKS durch einen periodischen Sicherheitsbericht ergänzt wird, in den auch Erkenntnisse der Kriminalitätsforschung einfließen, die bei der Erstellung der PKS außen vor bleiben. „Die nächste Landesregierung muss den periodischen Sicherheitsbericht endlich einführen – egal wie das Farbenspiel nach der Landtagswahl aussieht“, sagte GdP-Vorsitzender Michael Mertens dazu Anfang März gegenüber den Medien. „Auch wenn der Innenminister dann ein Stück seiner Deutungshehoheit verliert, weil die PKS nicht mehr länger der alleinige Maßstab bei der Bewertung der Kriminalitätsentwicklung ist.“ ■

Weniger Fälle, leicht verbesserte Aufklärungsquote

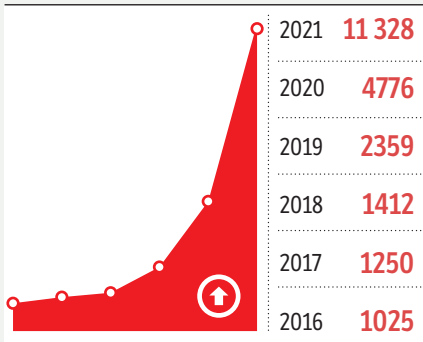
Im vergangenen Jahr ist die Zahl der von der Polizei in NRW registrierten Straftaten erneut leicht gesunken, auf 1,2 Millionen Fälle. Die Aufklärungsquote ist auf 53,6 Prozent gestiegen und damit auf den gleichen Stand wie 2018 (53,7 Prozent). Zum Vergleich: Die bundesweite Aufklärungsquote liegt bei 58,4 Prozent (2020).



Kinderpornographie

Seitdem das Innenministerium der Kripo mehr Stellen zur Verfügung stellt, um Kinderpornographie zu verfolgen, kommen in NRW immer mehr Fälle aus dem Dunkelfeld ans Licht. Ein Ende des Anstiegs ist nicht absehbar.

Dramatischer Anstieg der bekanntgewordenen Fälle



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik NRW (PKS)



Welche Rechte braucht die Polizei im Digitalzeitalter?

Die Kriminalität verlagert sich immer mehr ins Internet. Das zeigt erneut die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2021. Welche Rechte die Polizei braucht, um den Tätern auf die Spur zu kommen, ist zwischen den politischen Parteien trotzdem weiter umstritten – vor allem in Bezug auf den Datenschutz. Kurz vor den Landtagswahlen im Saarland (27. März) in Schleswig-Holstein (8. Mai) und Nordrhein-Westfalen (15. Mai) haben sich Anfang März die Innenminister der unionsgeführten Bundesländer zu einer zweitägigen Arbeitssitzung in Düsseldorf getroffen, um noch einmal für ihre Forderung nach mehr Eingriffsrechten für die Po-

lizei zu werben. Innenminister Herbert Reul hat sich dort gemeinsam mit den anderen Innenministern von CDU/CSU für eine Änderung des Netzwerkdurchsuchungsgesetzes stark gemacht. Damit solle verhindert werden, dass strafrechtlich relevante Äußerungen in den sozialen Netzwerken nur deshalb nicht verfolgt werden können, weil sich die Absender hinter einem Pseudonym verstecken oder weil Telefongespräche im neuen Mobilstandard G 5 verschlüsselt werden.

Welche Chancen die Forderungen haben, in die Praxis umgesetzt zu werden, hängt nicht nur vom Ergebnis der drei Landtags-

wahlen ab, sondern vor allem von der mit Spannung erwarteten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Vorratsdatenspeicherung. In einem bereits im November vergangenen Jahres veröffentlichten Gutachten hatte der zuständige Berichterstatter, der spanische Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona, Zweifel an der Zulässigkeit der Vorratsdatenspeicherung geäußert. Die Frage, welche Rechte die Polizei im Digitalzeitalter bekommen soll, wird sich deshalb erst nach dem Vorliegen der EuGH-Entscheidung klären. Bis dahin will sich auch die neue Bundesregierung bedeckt halten. ■



Anlasslose Überprüfung abgeschafft

Polizistinnen und Polizisten sind häufig mit Sonderrechten unterwegs. Dass an ihre Fahrtauglichkeit besondere Anforderungen gestellt werden, versteht sich deshalb von selbst. Aus Sicht der GdP ist das aber kein Grund, dass sich die Beschäftigten in der Vergangenheit immer wieder einer anlasslosen Untersuchung ihrer Fahrtauglichkeit unterziehen mussten, selbst dann, wenn es dafür einen konkreten Grund gegeben hat. Die GdP hat sich des-

halb immer wieder dafür eingesetzt, dass die anlasslose Überprüfung der Fahrtauglichkeit bei der Polizei abgeschafft wird. Dieser Forderung ist das Innenministerium jetzt nachgekommen: In Zukunft findet die Überprüfung zum Führen von Dienstfahrzeugen nicht mehr anlasslos statt, sondern als integraler Bestandteil der ohnehin in regelmäßigen Abständen stattfindenden arbeitsmedizinischen Pflichtvorsorgeuntersuchungen (AMPVPol).

Kommissaranwärterinnen und -anwärter durchlaufen in Zukunft während ihres Studiums und bei der Ernennung zur Polizeikommissarin bzw. zum -kommissar insgesamt drei arbeitsmedizinische Pflichtuntersuchungen (AMPV 1–3). Alle drei Jahre folgt eine weitere Vorsorgeuntersuchung (AMPV 4, ff.). Für die Tarifbeschäftigten und die Verwaltungsbeamten gilt weiterhin die Verordnung zur Arbeitsmedizinischen Vorsorge am Arbeitsplatz (ArbMedVV). ■

Drogen, illegale Autorennen, Pedelects – ohne Gegensteuern gehen die Unfallzahlen weiter nach oben

580 907 Verkehrsunfälle hat es im vergangenen Jahr in NRW gegeben. 34 000 mehr als 2020, aber immer noch 84 000 weniger als 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr. Auch bei den Verkehrstoten und bei den Schwerverletzten gab es im vergangenen Jahr einen Rückgang. Bei den Toten von 430 auf 425, bei den Schwerverletzten von 12 137 auf 11 872.

Nicht von ungefähr hat Innenminister Herbert Reul (CDU) deshalb Mitte März bei der Vorstellung der Verkehrsunfallbilanz für 2021 von „der besten Verkehrsunfallstatistik, die wir je hatten“ gesprochen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Denn ein genauer Blick auf die Zahlen verrät, dass in NRW noch immer mehr Menschen im Straßenverkehr schwer verletzt werden oder sogar ums Leben kommen, als das aufgrund der immer sicherer werdenden Fahrzeuge eigentlich zu erwarten wäre. Beim Drogenkonsum im Straßenverkehr, bei den illegalen Autorennen und bei den Pedelect-Unfällen gehen die Zahlen sogar nach oben. Auch wegen Versäumnissen der Politik.

Aus Sicht der GdP ist es deshalb gut, dass Reul die steigenden Unfallzahlen in diesen Bereichen bei der Vorstellung der Verkehrsunfallbilanz zumindest angesprochen hat. Mit Blick auf die Drogen-toten im Straßenverkehr warnte Reul ausdrücklich vor der von der Bundesregierung geplanten Legalisierung von Cannabis. „Kommt die Legalisierung, wird es mehr Unfalldote geben“, sagte Reul. Eine Ein-

schätzung, die von der GdP geteilt wird. „Der Drogenmissbrauch im Straßenverkehr wird dann durch die Decke gehen“, warnte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Heiko Müller unmittelbar nach Bekanntwerden der neuen Verkehrsunfallzahlen. „Niemand wird sich dann noch bewusst machen, dass der Konsum von Drogen kein Freizeitspaß ist, sondern dass er zu massiven Wahrnehmungs- und Handlungseinschränkungen führt, die im Straßenverkehr schnell tödlich sind.“

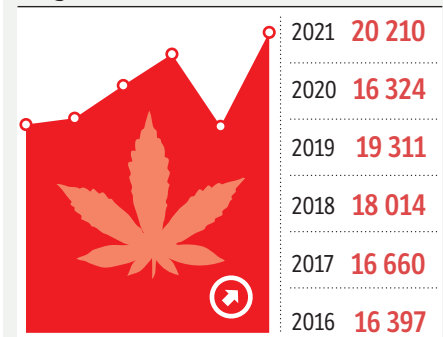
Auch bei der Bekämpfung von illegalen Autorennen teilt die GdP die Einschätzung des Innenministers, dass dieses Problem nur durch einen verstärkten Kontrolldruck in den Griff zu kriegen ist. Die pauschale Aussage von Reul, dass die Polizei die Raser „ohne Wenn und Aber bekämpfen wird“, geht nach Beobachtungen der GdP aber an der Realität vorbei. „Wir haben vor allem in den Großstädten hervorragende Leuchtturmprojekte, die zeigen, dass die Polizei der Raserszene nicht kampfflos gegenübersteht, wenn sie das notwendige Personal bekommt, um dort aufzuschlagen, wo sich die Raser treffen. Aber es sind entschieden zu wenige Projekte“, sagte Verkehrsexperte Müller gegenüber den Medien. Die GdP fordert deshalb, dass Reul bei der Ausstattung der Verkehrskommissariate nachbessert. „Denn eine Raserszene gibt es nicht nur in wenigen Großstädten“, so Müller.

Auch die steigende Zahl schwerer Pedelect-Unfälle ist ein Problem mit Ansage. Die Pede-

Deutlicher Anstieg

Nach einem vorübergehenden Rückgang im vorletzten Jahr hat die Polizei 2021 erneut mehr Menschen aus dem Verkehr gezogen, die trotz Drogen am Straßenverkehr teilgenommen haben. Immer häufiger spielt dabei Cannabis eine Rolle. Kommt es zu der von der Bundesregierung geplanten Liberalisierung, wird die Zahl der Drogenverstöße im Straßenverkehr weiter steigen.

von der Polizei festgestellte Drogenverstöße in Straßenverkehr



Quelle: Innenministerium NRW, Verkehrsunfallstatistik 2021



lects werden von der Politik zwar als Teil der Verkehrswende begrüßt, aber an der Bereitschaft, den elektrounterstützten Fahrrädern mehr Verkehrsraum zur Verfügung zu stellen, hapert es meist. Zudem unterschätzen nicht nur die Autofahrer, sondern auch die Pedelect-Fahrer häufig die hohe Geschwindigkeit, mit der sie unterwegs sind. Die GdP plädiert deshalb seit Langem nicht nur für mehr Verkehrsraum für Fahrräder und Pedelects, sondern auch für freiwillige Fahrkurse für Pedelect-Einsteiger. Vor allem für ältere Verkehrsteilnehmer. ■

GdP verlost 3 x 2 Karten für die Ruhrfestspiele

Vorhang auf für die 76. Ruhrfestspiele: „Haltung und Hoffnung“ lautet das Motto in Recklinghausen. Nach der Coronazwangspause im Jahr 2020 und den Einschränkungen im vergangenen Jahr ist das Programm prall gefüllt. 92 Produktionen mit 220 Terminen verteilen sich über die Zeit vom 1. Mai bis zum 12. Juni auf 15 Spielstätten. Insgesamt 650 Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt wirken mit.

Es ist ein Programm voller funkelnder Hochkaräter. Deutschland- und Weltpremiere sind dabei wie etwa das experimentelle „SYBIL“ des Südafrikaners William Kentridge, das atemberaubende „Bros“ von Romeo Castellucci oder der bunte Bilderkosmos „Julietta“ von Gabriela Munoz aus Mexiko. Und Prominenz mischt auch mit.

So ist zum Beispiel Matthias Brandt in „Mein Name sei Gantenbein“ zu sehen (in Berlin gab es übertragende Kritiken). Angela Winkler und Joachim Meyerhoff spielen in „Eurotrash“. Caroline Peters, Fritzi Haberlandt und Charly Hübner lesen. Literaturkritiker Dennis Scheck trifft u. a. Harald Schmidt, Edgar Selge und Paul Maar.

„Ich freue mich, dass die Ruhrfestspiele nach zwei Jahren endlich wieder ein Ort der direkten, persönlichen Begegnung sein werden“, sagt Intendant Olaf Kröck. Das diesjährige Motto „Haltung und Hoffnung“ war als Kontrapunkt zu den antidemokratischen

Kräften bei Corona-Protesten entwickelt worden. Es passt aber gleichermaßen zum Ukraine-Krieg.

„Der Mut des ukrainischen Volkes, sich der Aggression zu widersetzen, und die Solidarität und Entschiedenheit, mit der die Welt dem Völkerrechtsbruch begegnet, zeigt, dass Freiheit, Menschenrechte und das Bestreben nach einem Leben in Frieden nicht verhandelbar sind“, ist Intendant Kröck überzeugt.

Politischer Anspruch war und ist für die Ruhrfestspiele immer essenziell. Das vom DGB mitgetragene Kulturfestival hat seinen Ursprung in den „Kunst für Kohle“-Aufführungen des Sommers 1947. Schauspieler der Hamburger Staatsbühnen bedankten sich mit ihnen bei den Kumpel im Revier für Kohlelieferungen im vorangegangenen bitterkalten Winter.



Foto: Fabian Schellhorn/
Ruhrfestspiele

„Eurotrash“
von Christian
Kracht
Regie: Jan Bosse
Mit:
Joachim
Meyerhoff,
Angela Winkler

Die GdP verlost für drei Aufführungen der diesjährigen Ruhrfestspiele jeweils zwei Eintrittskarten. Dabei geht es um folgende Termine:

- „SYBIL“ von William Kentridge am 6. Mai, 20 Uhr: ist ein bildgewaltiger, musikalischer Abend, der von der schöpferischen Kraft der Kunst, der Schönheit der Natur und ihrer gnadenlosen Ausbeutung durch den Menschen handelt. Die Aufführung erfolgt in Englisch, Zulu, Xhosa, Sesotho & Ndebele mit deutschen Übertiteln, ist auch ohne Sprachkenntnisse verständlich.
- „Die Scham“ von Annie Ernaux am 8. Mai, 11 Uhr: Caroline Peters liest das Schlüsselwerk der französischen Schriftstellerin. Es beschreibt die Spannung zwischen dem Wunsch nach sozialem Aufstieg und dem demütigenden Rückfall in alte Verhältnisse.
- „Eurotrash“ nach dem Roman von Christian Kracht am 22. Mai, 17 Uhr: Der Ich-Erzähler bricht zusammen mit seiner exzentrischen, schwerkranken Mutter auf zu einem letzten gemeinsamen Roadtrip – eine Reise in die Abgründe einer Familie.

Wer an der Verlosung teilnehmen will, schreibt seine Wunsch- und eine Alternativvorstellung auf eine Karte und schickt diese an die GdP NRW, Pressestelle, Stichwort Ruhrfestspiele, Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf. Die Karte muss bis zum 10. April eingegangen sein, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Alternativ möglich ist eine Mail an presse@gdp-nrw.de.

Anzeige

Marianne Funke
GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe ist der 7. April.

Urlaub schon gebucht?

Auch 2022 stehen Ihnen unsere
Touristikexperten bei Ihrer
Reiseplanung zur Seite.

Buchen Sie und Ihre Angehörigen in dem Reisebüro,
in dem sich Ihre GdP Mitgliedschaft für Sie auszahlt.

Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!



GdP Reiseservice
0211/29101 - 60
www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf

1. GEMAINSAM ZUKUNFT GESTALTEN. 2022

Deutscher Gewerkschaftsbund

Zentrale DGB-Kundgebung zum 1. Mai in Dortmund

„GeMAInsam Zukunft gestalten“ – unter diesem Motto stehen die DGB-Kundgebungen zum 1. Mai. Besonders im Fokus steht dabei die zwei Wochen später stattfindende Landtagswahl. NRW-weit sind etwa 50 Veranstaltungen geplant. Die zentrale Kundgebung findet in diesem Jahr in Dortmund statt. Geplant ist dort zunächst ein Talk zwischen Anja Weber und Ministerpräsident Hendrik Wüst. Anschließend folgt eine Diskussionsrunde mit den Spitzenkandidaten der anderen demokratischen Parteien – Thomas Kutschaty (SPD), Mona Neubaur (Grüne), Jules El-Khatib (Die Linke) und Joachim Stamp (FDP). Zentrale Forderungen des DGB zur Landtagswahl sind: gute und fair bezahlte Arbeit fördern, gute Bildung für alle, Strukturwandel gerecht gestalten, ein attraktiver öffentlicher Dienst sowie Investitionen in Mobilität, Wohnen, Bildung und starke Kommunen. ■

Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im April erhalten einen Douglas-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 29417, Duisburg
45 511, Hochsauerlandkreis
45 97579, Herford



GdP aktiv

07.04., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bonn, 14:15 Uhr, Polizeipräsidium, Königswinterer Str. 500, Bonn

06.04., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Lippe, 16 Uhr, Kohlpott, Pivitsheider Str. 1, Detmold

20.04., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe WSP, 15 Uhr, Café Museum, Friedrich-Wilhelm-Str. 64 a, 47051 Duisburg

26.04., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Hamm, 15:30 Uhr, Altes Fährhaus, Fährstr. 3, Hamm

03.-05.05., Landesdelegiertentag der GdP NRW in Düsseldorf

10.05., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Düren, 14 Uhr, Landwirtschaftskammer, Rütger-von-Scheven-Str. 44, Düren

Senioren aktuell

Kreisgruppe Recklinghausen

14. Mai 2022, Ausflug zum Dümmer See und zu den „Sinnesgärten“ in Stewede-Levern
Infos zu dem Ausflug über manfred.beinlich@gdp-recklinghausen.de; (0174) 9 35 74 81. Die Teilnehmerzahl ist auf 50 Personen begrenzt. Um verbindliche Anmeldung wird gebeten.

Kreisgruppe Köln

19. Mai 2022, Informationstreffen der Seniorengruppe um 14 Uhr im Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4, 50676 Köln, Ecke Waidmarkt. Unter anderem stehen die Neuwahlen des GdP-Seniorenvorstandes der KG Köln auf der Tagesordnung. ■